

## *Der historische Hintergrund*

bestellt werde. Er wurde vornehmlich mit der Aufgabe betraut, die in Teil I umschriebene Verfassungsrevision, die gesetzliche Ordnung des Geldwesens ... sowie den Abschluss der Zoll- und Handelsverträge mit einem Nachbarstaate durchzuführen. In den Ergänzungen vom 13. September wurde aber vermerkt, dass "die Abschliessung der Zoll- und Handelsverträge mit einem Nachbarstaat aus den Dr. Peer zugedachten Aufgaben auszuschneiden" sei. Die diesbezüglich bereits eingeleiteten Verhandlungen seien durch Legationsrat Dr. Emil Beck weiterzuführen.

Die Volkspartei-Vertreter hielten fest, dass die fürstliche Entschliessung vom 11. September 1920 in manchen Punkten konservativer gehalten sei als in der Besprechung mit Peer am 10. September festgelegt worden sei. Überrascht wurden die Volkspartei-Vertreter auch von der Entschliessung, Peer werde für die Dauer eines Jahres als Regierungschef eingesetzt. Die Volkspartei-Vertreter vermuteten, dass die Bürgerpartei-Vertreter<sup>64</sup>, die am Samstag, den 11. September, abends 6 Uhr, zu einer Aussprache im Absteigequartier empfangen worden waren, diese Veränderungen in konservative Richtung hin erreicht hatten. Die Vermutung der Volkspartei-Vertreter wird in einem Schreiben Peers vom 18. April 1921 bestätigt, in welchem er festhält, dass die Vertreter der Bürgerpartei "sich keineswegs erfreut" gezeigt hatten über das nach ihrer Ansicht "zu weit gehende Mass der der Gegenpartei gemachten Zugeständnisse".<sup>65</sup>

Die Volkspartei setzte nach einigen temperamentvollen Wortgefechten durch, dass die fürstliche Entschliessung einer Revision unterzogen wurde. Diese Revision wurde vom Fürsten am 13. September sanktioniert. (Siehe dazu die Ergänzungen im Erlass vom 11. September)

Am 14. September wurden u.a. noch folgende Erklärungen der Volkspartei-Vertreter hinzugefügt:<sup>66</sup> Die zukünftige Regierung soll als "parlamentarische", bzw. als "Ressort-Regierung", die Abgeordneten sollen als "volksgewählte Abgeordnete" bezeichnet werden. Peer erklärte sich in diesem Papier auch mit der Forderung der Volkspartei einverstanden, dass seine Berufung auf ein halbes Jahr eingeschränkt werde.

<sup>64</sup> Es waren dies: Fritz Walser, Schaan, Johann Wanger, Schaan, Franz Josef Marxer, Eschen, Peter Büchel, Mauren.

<sup>65</sup> Privatarchiv Nachlass Josef Ospelt, 18. April 1921; Schreiben Peers über "Die Revision der Verfassung im F.L."

<sup>66</sup> Hausarchiv der regierenden Fürsten von Liechtenstein, Vaduz, Kabinettskanzlei Karton 384/1920. Das Protokoll vom 14. September 1920 ist unterschrieben von Josef Martin, Josef Peer, Anton Walser, Gustav Schädler, Wilhelm Beck, Andreas Vogt, Felix Hasler und Alois Frick.